

Unser Bartenstein

HEIMATKREISBLATT BARTENSTEIN/OSTPR.

Heimatarbeit • Patenschaften • Kultur • Geschichte • Land und Leute



Jahrgang 49

Dezember 1998

Sonderdruck

Juden in einem ostpreußischen Landkreis (Bartenstein)

von Klaus-Eberhard Murawski



Ostpreußische Pogromstädte – Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem
(Foto aus „Heimattbrief für den Kreis Braunsberg“ 1994)

Anmerkungen zu diesem Sonderdruck

Amtliches Archivgut über Juden im Landkreis Bartenstein ist nicht überliefert. Einschlägige Bestände des ehemaligen Königsberger Staatsarchivs über Juden in Bartenstein (1804-1850), in Domnau (1783-1836), in Friedland (1783-1848) und in Schippenbeil (1804-1849) sind leider nicht aus Königsberg ausgelagert worden. Auch die Deposita der genannten Städte, die sich in Königsberg befanden, sind dort zurückgeblieben. Pressematerial aus dem 19. Jahrhundert und aus den Jahrzehnten vor dem Kriegsausbruch stand nicht zur Verfügung.

Mithin war der Bearbeiter auf Literatur, auf Berichte von Zeitzeugen und auf seine eigene Erinnerung an Kindheit und Jugend in Bartenstein angewiesen. Besonderen Dank schuldet der Autor Herrn Dr. Werner Meyer (Basel): Er stellte Familienbilder zur Verfügung und gewährte mir auch Einblick in ein Manuskript von Mr. George Fogelson in den USA, der mit einer bewundernswerten Intensität nach seinen jüdischen Vorfahren in Ostpreußen geforscht hat. Mein Dank gilt auch Frau Ursula Kluge (Wolfenbüttel), die mir mit Informationen über jüdische Bürger in Friedland geholfen hat, und den im Text zitierten Zeitzeugen.

Zur historischen und zeitgeschichtlichen Einordnung der lokalen Daten und Ereignisse waren mir die Bestände in der Bibliothek Germania Judaica in Köln nützlich. Eine Übersicht über Judentum in Ostpreußen bietet der Aufsatz von Ulrich Hutter-Wolandt im Sonderdienst der Kulturpolitischen Korrespondenz der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat vom 30. September 1993, S. 44-52. Mit Archivalien aus dem ehemaligen Königsberger Staatsarchiv hat Stefan Hartmann die Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Ostpreußen von der Emanzipation bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges dargestellt. In: Juden in Osteuropa. Hrsg. von Gotthold Rhode. Marburg/L. 1989, S. 23-48.

Zu diesem Sonderdruck ist im einzelnen anzumerken:

S.71 - Deutschordenszeit: Kurt Forstreuter, Die Juden im Deutschordensland Preußen. In: Wirkungen des Preußenlandes. Köln 1981, S. 270-281.

S.72 - Erste Judenfamilie: Selma Stern, Der Preußische Staat und die Juden. Bd. III/2. Tübingen 1971, S. 1025 f. und 1072 f.

S.73 - Ostpreußisches National-Kavallerieregiment: Günther Meinhardt in: Studien zur Geschichte des Preußenlandes. Festschrift für Erich Keyser. Marburg/L. 1963, S. 66-76.

S.73 - Bethel Henry Strousberg: Dr. Strousberg und sein Wirken. Von ihm selbst geschildert. Berlin 1876, S. 13 und 251 ff.

S.74 - Synagogenstraße: Max Hein, Geschichte der Stadt Bartenstein 1332-1932. Im Selbstverlag der Stadt Bartenstein 1932, S. 161. Dort auch Angaben über Louis Meyer, S. 183 und 185.

S.74 - Zitat Dr. Loehrke aus: Festschrift aus Anlaß des 60jährigen Bestehens der Bartensteiner Zeitung 1928, S. 11.

S.74 - Hans von der Groeben in: Ostpreußische Gutshäuser in Polen. München 1992, S. 122.

S.75 - Schippenbeil: Gustav Liek, Die Stadt Schippenbeil. Königsberg 1874, S. 214 f.

S.76 - Jüdische Frontsoldaten: Ulrich Dunker, Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919-1938. Düsseldorf 1977 - Die jüdischen Gefallenen im deutschen Heer, in der deutschen Marine und in den deutschen Schutztruppen. Gedenkbuch. Berlin 1933.

S.77 - „Arisierung“ der Mühlenwerke J. Meyer: Bericht von Dr. Paul Graetz in: Die Juden in Deutschland 1933-1945. Hrsg. von Wolfgang Benz. München 1993, S. 307 f.

S.77 - Dr. Hans Meyer und Lotte Meyer: Gedenkbuch Berlins für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. Berlin 1995.

S.77 - Verkehrsbuch der Stadt Bartenstein. Im Selbstverlag der Stadt Bartenstein 1937, S. 17

S.78 - Landrat von Gerdauen: Wilhelm Casper, Wir sind eine Familie. Erinnerungen und Gedanken. Hums 1994, S. 287.

S.78 - Urteil des Obersten Parteigerichts des NSDAP in der Heilsberger Mordsache: Bundesarchiv Repositur NS 36.

S.79 - Vgl. hierzu Aloys Sommerfeld, Juden im Ermland - Ihr Schicksal nach 1933. Beiheft 10 der Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands. Münster/Westf. 1991, S. 48 ff.

S.79 - Michael Wieck, Zeugnis vom Untergang Königsbergs. Ein „Geltungsjude“ berichtet. Mit einem Vorwort von Siegfried Lenz. Heidelberg 5. Aufl. 1993.

S.80 - Todesmärsche und Massaker an der Samlandküste: Martin Bergau, Der Junge von der Bernsteinküste. Erlebte Zeitgeschichte 1938-1948. Mit einem Vorwort von Michael Wieck und mit Dokumenten über jüdische Todesmärsche 1945. Heidelberg 1994. - Enzyklopädie des Holocaust Bd. III. Berlin 1993, S. 1444. - Martin Gilbert, Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas. Hamburg 1995, Karten 252 und 284.

Das Manuskript war am 18. September 1998 abgeschossen. Die Exponate der Ausstellung „Juden in Ostpreußen“ im Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg (21.11.1998 - 28.3.1999) und der von Ronny Kabus bearbeitete Katalog sind deshalb nicht mehr mitherrangezogen worden.

Dr. Klaus-Eberhard Murawski

Impressum

Ergänzender Sonderdruck eines Beitrages in dem Heimatkreisblatt „Unser Bartenstein“ (Jg. 49 - Dezember 1998 - Weihnachtsausgabe 2/98), hrsg. von der Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein e. V. - Schriftleitung: Helmut Mischke, Petzower Straße 24, D-14109 Berlin, Verfasser: Dr. phil. Klaus-Eberhard Murawski, Historiker, Glockenstraße 6, D-53123 Bonn (Lengsdorf),

Druck: Stutz & Kätsch GmbH, Rudolf-Diesel-Straße 9, D-69207 Sandhausen/Heidelberg, Baden, Telefon (0 62 24) 8 20 91, Fax (0 62 24) 8 20 96.

Auflage: 300

Synagogengemeinde und jüdische Bürger in unserem Heimatkreis

von Dr. Klaus-Eberhard Murawski

Bevor unser Heimatkreisblatt in den 50. Jahrgang eintritt, ist ein ausführlicher Beitrag längst überfällig: Die Erinnerung an unsere jüdischen Mitbürger und das Gedenken an ihr Schicksal als „erste Heimatvertriebene“ und als Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Dieser Beitrag erfolgt zur 60. Wiederkehr der Pogromnacht vom 9./10. November 1938, in der auch die Bartensteiner Synagoge niedergebrannt wurde. Der Autor des Aufsatzes ist seit mehr als vierzig Jahren Mitglied der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung.

Es mag als etwas weit hergeholt erscheinen, wenn man feststellt, daß zum ersten Mal in einem jüdischen Reisebericht aus dem Jahre 955 der Name der Bewohner der Landschaft zwischen Weichsel und Memel genannt wurde und die Prußen damit in das Licht der Geschichte traten: Der Jude Ibrahim Ibn Jakub war im Auftrag des Kalifen von Sevilla durch das Reich gereist und hatte in Magdeburg von den östlichen Völkern erfahren.

Jahrhunderte später wurde diese Landschaft vom Deutschen Orden erobert. Der Orden bekehrte die Prußen zum Christentum, und im Ordensland wurden deutsche Siedler und Stadtbürger heimisch. Zu dieser Zeit gab es im „Heiligen Römischen Reich deutscher Nation“ und in anderen europäischen Ländern bereits bedeutende jüdische Gemeinden. Aber im Deutschordensland war es den Juden aus religiösen Gründen, die in der Missionsidee des Ritterordens wurzelten, verboten, sich dort niederzulassen. Das hinderte die Ordens-



Stadttor in Bartenstein
(Foto von 1994)

herrschaft freilich nicht, auch mit jüdischen Kaufleuten Handelsgeschäfte zu tätigen.

Als in der Mitte des 14. Jahrhunderts im alten Reich eine blutige Judenverfolgung einsetzte, fanden viele Juden in den dem Ordensland benachbarten Territorien von Polen und Litauen und in den weiter östlich gelegenen Ländern Aufnahme und Heimstatt. Hier entstand das Ostjudentum mit einer eigenen Gesellschaft, Kultur und Sprache, dem melodischen „Jiddisch“, das mit den Millionen unter deutscher Herrschaft ermordeten Juden in Osteuropa untergegangen ist.

Landesherrschaft und Juden in Preußen

Auch im Herzogtum Preußen, das sich in der Zeit der Glaubenskriege sehr tolerant zeigte, hatten Juden kein Niederlassungsrecht. Die preußischen Stände, besonders die Kaufmannschaft und die Zünfte in den Städten, fürchteten die Konkurrenz jüdischer Händler und Handwerker. Die Stände setzten im Jahr 1567 sogar ein herzogliches Edikt „Jus de non tolerando Judaeis“ durch, das Juden und Zigeunern einen Aufenthalt im Herzogtum Preußen untersagte. Erst als der

Große Kurfürst Friedrich Wilhelm die Macht der Stände gebrochen hatte, konnten sich auch im Herzogtum Preußen Juden niederlassen. Der Kurfürst war aus Gründen seiner zentral gelenkten Handelspolitik, die als „Merkantilismus“ bekannt ist, an der Zusammenarbeit mit jüdischen Gewerbetreibenden interessiert. Dies bedeutete aber nicht die generelle Öffnung für jüdische Zuwanderer, wie es im späten Mittelalter in den östlichen Ländern geschah. Vielmehr gab es damals in Brandenburg-Preußen eine Lenkung in Form von „Schutzbriefen“, die einzelne Juden mit teilweise beträchtlichen Summen erkaufen konnten. Diese „Schutzjuden“ standen unter dem Schutz der Landesherrschaft.

In Königsberg sind seit 1680 Juden bezeugt, sie erhielten in diesem Jahr die Erlaubnis, einen Betsaal im Eulenburgischen Haus in der Kehr-wiedergasse, der späteren Theaterstraße, einzurichten. Eine Synagoge entstand im Jahr 1753 in der Vorstadt am Schnürlingsdamm (später Synagogenstraße genannt). In Königsberg gab es im Jahr 1706 zehn jüdische Familien. Unter den Königsberger Juden war Benedix Jeremias als Gründer der Synagogengemeinde die herausragende Persönlichkeit. Er besaß einen von König Friedrich I. ausgestellten Schutzbrief und war in der Lage, für 700 Gulden die Schloßfreiheit für Märkte zu pachten. Aus dem Jahr 1736 ist die Zahl von 36 jüdischen Familien bekannt.

In Memel, der zweiten großen Handelsstadt Preußens, hatte der aus Holland stammende jüdische Kaufmann Jacobson Moses de Jonge mit einer Konzession durch den Großen Kurfürsten aus dem Jahre 1664 einen florierenden Handel, vor allem mit Holz, aufgebaut. Er bescherte der kurfürstlichen Lizenzkammer in den Jahren von 1670 - 1694 Einnahmen von fast 51.000 Reichstalern; in der Zeit von 1694 - 1697 zahlte Jacobson Moses fast 5.500 Reichstaler, das waren 2.432 Reichstaler mehr als die Abgabenglast der anderen Memeler Kaufleute insgesamt. Auch Jacobson Mo-

Zur Erinnerung

ses erhielt die Erlaubnis, in seinem Haus Gottesdienst abzuhalten.

In den kleinen Städten und auf dem flachen Land war jüdischen Händlern und Handwerkern noch für lange Zeit das Zuzugsrecht versagt. Das hängt wohl hauptsächlich mit dem Steuersystem zusammen: In den Handelsstädten waren jüdische Gewerbetreibende der Akzise, der vom Großen Kurfürsten eingeführten Umsatzsteuer, unterworfen. Auf dem flachen Land dagegen waren Umsätze und Gewinne von Gewerbetreibenden mit dem dort vorherrschenden Steuersystem, dem unter dem „Soldatenkönig“ geschaffenen „Generalhubenschoß“ nicht zu erfassen. Das im Jahr 1730 erlassene General-Juden-Reglement war auf diese Steuerpolitik abgestellt: Im Interesse des Staates waren Juden im Geld- und Kredithandel und bei der Neugründung von Manufakturen erwünscht, aber sonst waren ihre Erwerbsmöglichkeiten eingeschränkt: „Soll kein Jude ein Bürgerlich Handwerk treiben, außer das Petschierstechen, welches ihnen erlaubt wird.“ Auch im Gold- und Silberhandwerk waren Juden zugelassen, und „erlaubt ist mit Juwelen und Silber, wie auch mit seidenen ... Tressen, mit Nessel-tuch, mit ...Leder, auch ... mit Fellen, wie auch mit The und Caffé zu handeln.“ Erlaubt waren auch der Handel mit „altem Kleider-Kram“ und mit „Kleinigkeiten und Trödel-Waren“ und der Pferdehandel.

Dieses Reglement von 1730 und die revidierte Fassung von 1750 waren Grundlage für Juden, sich mit teuer erkauften Privilegien, die in den Überlieferungen „Schutzbriefe“ oder „Concessionen“ heißen, auch in ostpreussischen Kleinstädten niederzulassen. Diese Regelungen führten dazu, daß es in Preußen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zwei Klassen von Juden gab: In der Hauptstadt Berlin und in der Krönungsstadt Königsberg lebten jüdische Familien, die es zu beträchtlichem Wohlstand und zu gesellschaftlichem Ansehen gebracht hatten. Es ist auf die literarischen „Salons“ in Berlin und auf den hohen Anteil jüdischer Studenten un-

ter der Hörschaft von Immanuel Kant in Königsberg hinzuweisen. Andererseits waren die Erwerbsmöglichkeiten für jüdische Händler und Handwerker in den Kleinstädten, auch infolge der ständisch geprägten Kommunalverfassung, sehr eingeschränkt. Mit der Erwerbung Westpreußens und des Netzedistrikts durch Friedrich den Großen bei der ersten Teilung Polens (1772) wuchs der Anteil der Juden an der Bevölkerung im Königreich Preußen sprunghaft an. In den folgenden Jahren zogen viele Juden aus den neu erworbenen Gebieten in die preußischen Alt-Provinzen. Die kleine Stadt Krojanke wurde zu einer Art von „Drehscheibe“ für jüdischen Zuzug nach Ostpreußen.

In Bartenstein ist im Jahre 1751, also noch vor der Erwerbung Westpreußens, eine jüdische Familie nachzuweisen, die in der Tabelle des zuständigen Steuer-Rats Crüger als „erste in Bartenstein wohnende Judenfamilie“ bezeichnet wird: Jacob Moses mit Frau Hendel Davidin und den Söhnen Mauschel (21 Jahre), Alexander (15 Jahre), Joseph (12 Jahre) und den Töchtern Rahel (18 Jahre) und Beyle (9 Jahre). Zur Familie gehörten „2 Jungens und 1 Schulmeister“. Aus der Tabelle ergibt sich, daß Jacob Moses einen Schutzbrief von König Friedrich Wilhelm aus dem Jahre 1737 besaß und „mit allerhand

Kram, besonders mit Seidenwaren“ handelte und „zu Miete“ wohnte. Auch der älteste Sohn Magnus war nach dem General-Reglement als Schutzjude privilegiert, seine Konzession war 1744 „auf Kgl. Spec. Befehl“ erfolgt, er hatte drei Töchter: Kayle (4 Jahre), Freude (3 Jahre) und Bolde (wohl im Säuglingsalter) und betätigte sich im Handel wie sein Vater. In der Tabelle aus dem Jahre 1756 erscheint diese Familie nochmals, allerdings mit dem Namen „Moises“ und mit ver-ringerter Kinderzahl - möglicherweise durch Sterbefälle in der Zeit der russischen Besetzung Ostpreußens. Der älteste Sohn Magnus, der einen Schutzbrief besaß, wird nicht mehr genannt. Aber wir erfahren aus dieser Tabelle, daß Jacob Moises sich korrekt an die Handelsbeschränkungen nach den Regelungen von 1730 und 1750 hielt, „unweigerlich“ die ihm jährlich auferlegten 85 Reichstaler abführte und daß er „lebet dabei ordentlich und gibet das Ansehen eines ehrlichen Mannes“. Die Familie von Jacob Moises / Moses ist (nach dem Tode des Schutzbrief-Inhabers?) aus Bartenstein fortgezogen; denn in der Tabelle der Schutzjuden im Kreis des Kammer-Assessor Müller aus dem Jahre 1785 heißt es für Bartenstein, Domnau, Friedland und andere benachbarte Städte knapp: „allhier sind keine Juden“.



Die Bartensteiner Synagoge (am rechten Bildrand). Ansichtskarte von 1927 aus der Sammlung Heinz Stamm.

Zur Erinnerung

Auf dem Wege zur Gleichberechtigung

Im Königreich Preußen war die Reformzeit nach der schweren Niederlage im Krieg mit Napoleon auch Wendepunkt in den Beziehungen zwischen der Landesherrschaft und den im Land ansässigen, meist privilegierten und auch mit den „illegal“ zugezogenen Juden. An dieser Entwicklung war die Königsberger Judenschaft wesentlich beteiligt. Im Königsberg waren im Jahre 1808 bereits 610 Juden ansässig. Darunter waren Familien, die in der Königsberger Lokalgeschichte und in der preußisch-deutschen Geschichte bis zum Untergang der Königsberger Judengemeinschaft eine wichtige Rolle spielten wie die Familien Friedländer und Simson. Das von König Friedrich Wilhelm III. am 11. März 1812 erlassene „Edikt betreffend die bürgerlichen Verhältnisse in dem Preussischen Staate“ stellte die in Preußen mit Generalprivilegien, Schutzbriefen und Konzessionen ansässigen Juden und ihre Familien den „Einländern“ und preußischen Staatsbürgern gleich (... sollen gleiche Rechte und Freiheiten mit den Christen genießen“). Es war diesen Juden erlaubt, sich in Städten und auf dem Lande niederzulassen. Allerdings war in diesem Emanzipationsedikt noch nicht die Zulassung von Juden zu öffentlichen Ämtern vorgesehen. Den neuen Staatsbürgern jüdischen Glaubens wurde auferlegt, einen festen Familiennamen zu führen - damals kam es zu vielen jüdischen Familiennamen mit dem Bezug zu einem Herkunftsort. Das Edikt machte einen strengen Unterschied zwischen den im Lande ansässigen privilegierten Juden und „fremden Juden“ aus anderen Ländern.

Viele preußische Staatsbürger jüdischen Glaubens gehörten zu den Freiwilligen, die sich im Befreiungskrieg von 1813 zum Waffendienst meldeten. Auch in das neu gegründete Ostpreussische National-Kavallerie-Regiment, das sich aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammensetzte, traten jüdische Freiwillige ein. Schon damals sind jüdische Soldaten im Ausnahmefall zum Of-



*Drei Generationen Meyer: Louis Meyer (1859 - 1927) mit Ehefrau Estella, geb. Blum (1871 - 1942) – Dr. Hans J. Meyer (1896 - 1944 † Auschwitz) mit Ehefrau Lotte, geb. Bärwald (1900 - 1944 † Auschwitz) und Sohn Werner (*1924).*

Foto von 1925/26 aus dem Besitz von Dr. Werner Meyer (Schweiz).

fizier befördert worden. Zu ihnen gehörte der aus einer jüdischen Familie in Neidenburg stammende Vater von Bethel Henry Strousberg (Strausberg), der als „europäischer Eisenbahnkönig“ zur Zeit der Reichsgründung von 1870 berühmt und umstritten war und auch in unserer ostpreussischen Heimat mit dem Bau der sogenannten „Südbahn“ von Königsberg über Bartenstein zur russischen Grenze seine Spuren hinterlassen hat.

Im Jahr 1811, also vor dem erwähnten Edikt, lebten in Ostpreußen 808 Juden. Ihre Zahl verdreifachte sich in kurzer Zeit durch den regen Zugang aus der Provinz Westpreußen auf 2.378 Juden. In der Stadt Bartenstein lebte zur Zeit des Emanzipations-Edikts nur eine jüdische Familie. Auch in Bartenstein gab es dann einen stetigen Zuwachs an jüdischen Einwohnern auf 33 Glaubensjuden im Jahr 1828. Für das Jahr 1846 gibt es eine präzise Religionsstatistik, die alle ostpreussischen Gemeinden umfaßt. Danach wurde im Kreis Friedland - so hieß damals unser Heimatkreis - 35.473 Einwohner gezählt. Unter ihnen gab es 132 Juden und (nur)

177 katholische Christen. In der Stadt Bartenstein mit einer Bevölkerungszahl von 4.122 lebten 69 Juden und 50 Katholiken. Die Kreisstadt Friedland zählte bei 2.501 Einwohnern 27 Juden und 15 Katholiken. In Domnau wohnten 1.585 Menschen, darunter 8 Juden und 10 Katholiken, und in Schippenbeil zählte man unter den 2.571 Einwohnern 22 Juden und 27 Katholiken. Es ist bemerkenswert, daß es in den beiden größten Gemeinden, in Bartenstein und Friedland, damals mehr Juden als Katholiken gab. In den sonstigen 297 Gemeinden des Kreises Friedland hatten sich keine jüdischen Einwohner niedergelassen.

Ein neuer Abschnitt in der Rechtsstellung der preussischen Staatsbürger jüdischen Glaubens begann mit dem Gesetz über die Verhältnisse der Juden vom 23. Juli 1843. Es bestimmte neben anderem, daß die Juden „nach Maßgabe der Orts- und Bevölkerungs-Verhältnisse“ zu Synagogengemeinden (Judenschaften) vereinigt werden und daß alle innerhalb eines Synagogenbezirks wohnenden Juden zu einer solchen Gemeinde gehören. Da die nach diesem Gesetz verordneten

Zur Erinnerung

Synagogengemeinden von den Regierungen - in Ostpreußen mit dem Sitz in Königsberg und Gumbinnen - gebildet wurden, war die staatliche Verwaltungsgliederung maßgebend. Und so gehörten alle im Landkreis Friedland wohnenden Juden zur Synagogengemeinde Bartenstein.

Wann die Bartensteiner Synagoge erbaut worden ist, kann aus Mangel an Quellen nicht gesagt werden. Sie ist wahrscheinlich in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts, vielleicht auch schon etwas früher, als ein einfacher Saalbau mit neuromanischen Elementen (Rundbogenfenster) entstanden und entspricht dem damals in kleineren Gemeinden üblichen Synagogentyp mit romanischen und gotischen Merkmalen - im Unterschied zu den um die Jahrhundertwende entstandenen Synagogen in Großgemeinden, wo Elemente aus der maurischen und byzantinischen Architektur anzutreffen sind. Eine indirekte Erwähnung der Synagoge gibt es in einer Nachricht aus dem Jahr 1867, wo es heißt, daß in Bartenstein neben anderen Straßen auch die Synagogenstraße vom Zeughaus zum Ziegelberg (dem späteren Bahnhof- und Postamtsgelände) gepflastert wurde.

Man kann sich gut vorstellen, daß der Bau der Synagoge in der Nachbarschaft zur Bartensteiner Mehlmühle mit dem Seßhaftwerden der jüdischen Familie Meyer zusammenhängt. Joseph Meyer (1825 - 1892), Sohn des aus Freystadt/Westpreußen stammenden und in Heilsberg ansässigen Abraham Meyer, erwarb in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts die seit der Ordenszeit betriebene „Obermühle“. Sie führte diesen Namen zum Unterschied zur „Niedermühle“ vor dem Königsberger Tor, die um 1740 abgebrochen worden war. Diese Mehl-Mühle wurde mit Wasser betrieben, das aus dem Oberteich durch einen Kanal („Mühlenfließ“) zugeleitet wurde und in die Alle abfloß. Der Oberteich war seinerseits mit dem Kinkeimer See verbunden. Joseph Meyer war der Gründer der Bartensteiner Mühlen-

werke J. Meyer; sie wurden in drei Generationen von der Familie Meyer betrieben und entwickelten sich zum größten Familienunternehmen in der Stadt Bartenstein.

„Einer unserer besten Mitbürger“

Joseph Meyer hatte mit seiner Frau Berta zwölf Kinder. Zu ihnen gehörte der am 18.5.1859 geborene Sohn Louis, der mit seinem Bruder Isaak die Leitung der Bartensteiner Mühlenwerke J. Meyer übernahm. Louis Meyer war nicht nur ein erfolgreicher Unternehmer, sondern auch eine im öffentlichen Leben wirkende Persönlichkeit. In den leider so spärlichen Überlieferungen begegnet man oft den kommunalen und karitativen Aktivitäten von Louis Meyer: als Stadtverordneter, der sich für die Schaffung von Grünanlagen auf dem linken Alle-Ufer einsetzte, als Förderer des Wohnungsbaus in der Wohnungsnot nach dem Krieg, als Spender eines Feuerwehrgewagens oder schlicht mit dem Geschenk eines riesigen Mühlsteins für die Platte des „Ratsherren-Tisches“ im Stadtwald - nur um einige Beispiele seines großzügigen Bürgersinns aufzuführen. So erhielt die im Mai 1928 von Reichswehr-Pionieren gebaute und von den Bartensteiner Mühlenwerken J. Meyer finanzierte Holzbrücke im Stadtwald den Namen des kurz zuvor am 14. Februar 1927 verstorbenen Louis Meyer. Der damalige Bürgermeister Dr. Otto Loehrke wünschte sich dabei „die dauernde Erinnerung an einen unserer besten Mitbürger“. Aber den neuen Macht-habern von 1933 ging es nicht um die Erinnerung an Louis Meyer, sie taufen die Brücke in „Pionierbrücke“ um. Im Sprachgebrauch der Bartensteiner blieb es jedoch bei der „Louis-Meyer-Brücke“.

Auf Louis Meyer folgte sein Sohn Dr. Hans Meyer (geboren in Bartenstein am 6. Januar 1896). Er hatte das Königliche Gymnasium in Bartenstein besucht, er meldete sich am 1. August als Abiturient als Kriegsfreiwilliger und wurde als Frontsoldat im ostpreußischen Feldartillerie-Regiment 1 zum Offizier befördert und mit dem Eisernen Kreuz ausge-

zeichnet. Nach dem Krieg studierte Hans Meyer an der Königsberger Universität Rechts- und Staatswissenschaften. Mit seiner Dissertation „Die Entwicklung des ostpreußischen Mühlenregals seit Aufhebung des Mühlenregals bis zum Ausbruch des Weltkrieges“ erlangte er die Doktorwürde; sein Doktorvater war Professor Albert Hesse, der im Jahr 1915 das Institut für Ostdeutsche Wirtschaft gegründet hatte. So war Dr. Hans Meyer auch wirtschaftswissenschaftlich gut gerüstet für die schwierige Zeit, die der ostpreußischen Wirtschaft und Landwirtschaft nach der Abtrennung der Provinz vom übrigen Reich bevorstand. Die laufend modernisierte und auf Dampfkraft und Elektrizität umgestellte Mühle überstand nicht nur die schwierigen Wirtschaftsjahre, die Mühlenwerke J. Meyer waren auch in der Lage, der bedrängten Landwirtschaft beizustehen. Einen solchen Fall schildert Hans Graf von der Groeben in seinem schönen Essay über das Gutshaus von Gr. Schwansfeld. Dem Mühlenchef stand seit Ende der zwanziger Jahre der mit einer Tochter von Isaak Meyer verheiratete Dr. Paul Graetz zur Seite. Dr. Graetz hatte das Amt als Regierungsrat im Lande Braunschweig aufgegeben, als sich dort mehr und mehr der Nationalsozialismus ausbreitete. Braunschweig war bekanntlich das erste deutsche Land mit einem nationalsozialistischen Ministerpräsidenten, dort wurde der staatenlose Adolf Hitler mit seiner Ernennung zum Regierungsrat deutscher Staatsbürger.

Die Familie Meyer besaß einen Zweigbetrieb in Friedland am traditionellen Mühlenstandort, dem Mühlenfließ, der vom Mühlenteich zur Alle führt. Der Mühlenbetrieb in Friedland bediente den nördlichen Teil des Kreises Bartenstein, der Absatz- und Einkaufsbereich ging sehr viel weiter. Auch an weiteren Betrieben war die Familie Meyer als Eigentümer oder Teilhaber beteiligt, darunter an einer Ziegelei, die auch Backsteine für das „Reichsheinrich-Tannenberg“ lieferte - Ironie der Geschichte ...

Zur Erinnerung

Jüdische Bürger in unserem Heimatkreis

In Bartenstein gab es eine Reihe von jüdischen Einzelhändlern, die als faire Kaufleute bei der Kundschaft akzeptiert wurden. Am Markt (Nr. 12) führte Sally Munter das „Modedhaus Munter“, das etwas Schick und Charme in das sonst recht öde Textilwesen brachte. Textil-Einzelhandel betrieb auch der Kaufmann Moses auf der gegenüberliegenden Seite des Markts (Nr. 33). Haushaltswaren wurden in dem Geschäft von Max Iserski in der Königsberger Str. (Nr. 7) angeboten. Als erfolgreicher Kaufmann galt Oskar Tichauer, der am Markt (Nr. 42-43) sein Fachgeschäft für Eisenwaren betrieb und in der Rastenburger Straße (40-41) ein großes Lager für Brennstoffe unterhielt. Manche Bartensteiner wissen sich noch an die Kulanz der jüdischen Kaufleute zu erinnern. Zu ihnen gehört Erich Sommer aus Tromitten, damals Lehrling in der Eisengießerei Johnen & Reschke. Er berichtet, daß Oskar Tichauer seinen jugendlichen Kunden großzügig Zahlungsaufschub gewährte, wenn das Geld zur Bezahlung der Waren fehlte.

Wie schon erwähnt wurde, gehörten nach dem preußischen Gesetz von 1847 alle Glaubensjuden im Kreis Friedland (seit 1927 Kreis Bartenstein) zur Synagogengemeinde in Bartenstein. Das war insbesondere für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts von Belang. Mit der Weimarer Reichsverfassung von 1919, die im Artikel 137 die strikte Trennung von Staat und Kirche feststellte, war die staatlich dekretierte Zuordnung zu Synagogengemeinden hinfällig geworden. Aber auch schon im 19. Jahrhundert konnten einzelne Juden oder Gruppen von Juden auch außerhalb des Synagogenstandorts Gottesdienst abhalten und eigene jüdische Friedhöfe anlegen. Das galt auch für Friedland, wo es einen jüdischen Friedhof (Litauer Straße) und einen jüdischen Betsaal, zuletzt in der Wohnung des Kaufmanns Arnsdorf (Allenauer Vorstadt 24) gab. Nach der Volkszählung von 1933 mit der letzten Religionsstatistik lebten in Friedland 22



Familie Meyer und Bartensteiner Bürger anlässlich der 600-Jahrfeier der Stadt Bartenstein (1932) - Foto aus dem Privatbesitz von Dr. Werner Meyer.

jüdische Bürger. Alte Friedländer können sich an die Textilgeschäfte von Petzahl und Hirsch (Markt 6 und 8) erinnern. Neben dem erwähnten Kaufmann Arnsdorf gab es einen weiteren Gewerbetreibenden namens Arnsdorf (Samlandstraße). Einige der Friedländer Juden sind Ende der dreißiger Jahre ausgewandert. Andere, die bleiben mußten, sind Opfer des Rassenwahns geworden.

In Schippenbeil gab es eine rührige jüdische Gemeinde. Sie formierte sich am 17. April 1864 zu einer eigenen Synagogengemeinde mit Statuten, die vom Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen am 20. Juni 1864 bestätigt wurden. Die Gemeinde hatte damals 17 Mitglieder. In Schippenbeil bildete sich 1868 ein „Jüdisches Central-Unterstützungs-Comité für Ostpreußen“, das sich die Linderung der Not unter Juden

zur Aufgabe gestellt hatte. Im gleichen Jahr fand in Schippenbeil eine Delegiertenversammlung dieses Hilfsvereins statt, die von 80 Delegierten aus 28 jüdischen Gemeinden Ostpreußens besucht wurde. Dabei wurde die Errichtung eines jüdischen Waisenhauses in Schippenbeil beschlossen. Schon wenige Wochen später wurde diese Anstalt unter Beteiligung öffentlicher Stellen, der evangelischen Kirche und „vieler angesehener Bürger“ provisorisch eröffnet. Als eigentliche Stifter dieses Waisenhauses galten die Schippenbeiler Kaufleute K. Brinn und Meier Levy; sie erwarben aus eigenen Mitteln und mit Spenden ein Grundstück an der Guberbrücke für einen Neubau. Leider ist die weitere Entwicklung nicht bekannt. Es ist möglich, daß das Israelitische Waisenhaus in Königsberg die Aufgabe einer zentra-

Zur Erinnerung

len Anstalt übernommen hat. In Schippenbeil lebten nach der Volkszählung von 1933 noch 31 jüdische Bürger. Spärlich sind die zur Verfügung stehenden Nachrichten über Domnau. Wir müssen uns hier auf die Erinnerungen des in Domnau geborenen Schulrats Ernst Morgenroth beschränken. Er berichtet, daß es in der Zeit vor 1914 in Domnau zwei jüdische Geschäfte gab: Die Kauflaute Pysack und Elias „mit ihrer Ramschmanufaktur“. Der jüdische Friedhof in Schippenbeil lag an der Scheunenstraße. Er ist - wie auch der jüdische Friedhof in Bartenstein (Rastenburger Straße 33, am Oberteich) - im „Städte-Atlas Ostpreußen“ auf dem jeweiligen Stadtplan zu finden.

Die jüdischen Bürger in unserer Heimat waren nicht „assimiliert“, sie waren vielmehr über Generationen in die Gesellschaft und die Lebensformen hineingewachsen, die sie als ihre Gesellschaft und als ihre Lebensform empfanden. Sie hatten das Verständnis und das Bewußtsein, deutsche Staatsbürger und Bürger in ihren Städten zu sein, sie unterschieden sich von nichtjüdischen Bürgern nur im Glaubensbekenntnis. An ihrem angestammten Glauben haben die Juden in den ostpreußischen Kleinstädten festgehalten. Hier hat es, soweit man es übersehen kann, kaum Übertritte zu christlichen Konfessionen gegeben - im Unterschied zu Berlin, Breslau und Königsberg, wo im 19. Jahrhundert „Judentaufen“ nicht so selten waren. Zu den Juden, die zum Christentum konvertierten, gehörte in Königsberg auch die Familie Simson, aus der Eduard von Simson, der Präsident der Frankfurter Nationalversammlung von 1848, entstammte.

Es stellt sich die Frage, ob es in einer ostpreußischen Kleinstadt wie Bartenstein einen Antisemitismus gegeben hat. Das ist nicht präzise zu beantworten. Antisemitismus soll hier nicht religiös wie bei Martin Luther, sondern politisch-gesellschaftlich verstanden werden: Als Widerstand gegen die Gleichberechtigung und Integration der Juden, als politisch motivierte Judenfeind-

schaft und als Ausdruck von Neid und Rivalität. In Bartenstein war die Einstellung gegenüber den Juden im ersten Jahrzehnt nach dem Weltkrieg offensichtlich ambivalent: Einerseits besaßen die Konservativen und deutsch-nationalen Kreise, die schon im Bismarck-Reich aus ihrer Abneigung gegen die Juden keinen Hehl gemacht hatten, eine starke Position. Auch der „Stahlhelm - Bund deutscher Frontsoldaten“, dem vor allem die Großgrundbesitzer in unserem Heimatkreis nahestanden, zeichnete sich nicht durch besondere Sympathien für das Judentum aus.

Hier sei erwähnt, daß im Krieg 1914 - 1918 etwa 100.000 Juden im Heer, in der Kriegsmarine und in den Schutztruppen Kriegsdienst verrichtet hatten, darunter 80.000 als Frontsoldaten, von denen mehr als 12.000 „für Kaiser und Vaterland“ ihr Leben ließen. Zu ihnen gehörten auch zwei junge jüdische Soldaten aus unserem Heimatkreis: Alfred Ascher, geb. am 16.9.1895 in Bartenstein, gefallen am 29.8.1915 in der 11. Kompanie des Garde-Grenadier-Regiments 3 und Adolf Kapitkowsky, geb. in Schippenbeil am 13.12.1897, gefallen als Siebzehnjähriger am Weihnachtstag 1914 in der 3. Kompanie des Reserve-Infanterie-Regiments 3.

Andererseits waren in Bartenstein die meisten der „Honoratioren“ und der Angehörigen der gebildeten und wohlhabenden Schichten, ihnen voran der aus der Demokratischen Partei hervorgegangene Bürgermeister Dr. Otto Loehrke, Liberale oder besser gesagt: Freisinnige, denen Judenfeindschaft fremd war. Der Loge der Freimaurer gehörten Gymnasiallehrer und andere Akademiker und wohlhabende Geschäftsleute an. Das Haus der Loge (Bismarckplatz 2) war gewiß kein Hort des Antisemitismus!

Mit dem Aufstieg der Nationalsozialisten war auch die Ausbreitung des Antisemitismus verbunden. Hitler hatte den Kampf gegen das Judentum von Anfang an zum Kernpunkt im Programm seiner „Bewegung“ erklärt. In Bartenstein, wie überhaupt in Ostpreußen, gewann die

Hitler-Partei zunächst kaum an politischem Boden. Erst bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 kamen die Nationalsozialisten ein Stück weiter: Sie standen in Bartenstein mit 20,5 % der Stimmen an dritter Stelle hinter den Sozialdemokraten (29 %) und den Deutschnationalen (24 %). Bei der Wiederholung der Reichspräsidentenwahl am 10. April 1932 erhielt Hindenburg 51 % der Stimmen in Bartenstein, für Hitler stimmten 41 %, der dritte Kandidat, der Kommunist Ernst Thälmann, kam auf 8 %. Aber bei der Landtagswahl vom 24. April 1932 wurden die Nationalsozialisten in der Stadt Bartenstein mit 40,5 % (im Landkreis mit fast 38 %) stärkste Partei vor den Sozialdemokraten (28 %) und den Deutschnationalen (15,5 %); die Kommunisten holten sich wieder 8 % wie bei der Reichspräsidentenwahl und die Deutsche Volkspartei war bis zur Bedeutungslosigkeit zurückgefallen (unter 3 %).

Mit der „Machtergreifung“ vom 30. Januar 1933 änderte sich auch in Bartenstein das öffentliche Leben von Grund auf. Politische Gegner wurden aus ihren Ämtern entfernt, das Kommunalwesen wurde umgestaltet, die Stadt bekam einen neuen und der NSDAP verbundenen Bürgermeister und anderes mehr. Die neuen Machthaber begannen, ihr Programm der Judenfeindschaft in die Tat umzusetzen. Am 1. April 1933 begann ein von Hitler im Kabinett der Reichsregierung angeordneter und das ganze Deutsche Reich umfassender Boykott jüdischer Geschäfte, der von Zeit zu Zeit von neuem belebt wurde. Heinz Stamm hat in dem Bericht „Kauft nicht beim Juden!“ festgehalten, was seine Mutter damals erlebte (siehe Seite 80). Auch andere Bartensteiner können sich an diesen Boykott, der besonders auch von dem antijüdischen Hetzblatt „Der Stürmer“ propagiert wurde, erinnern. So berichtet Frau N.N., daß Fräulein Feuerabend (Schuhgeschäft Markt 7) fotografiert wurde, als sie bei einem jüdischen Einzelhändler einkaufte. Vergeblich habe die junge Frau versucht, ihr Gesicht

Zur Erinnerung

mit ihrem Hund abzudecken, was dann im „Stürmer-Kasten“ auf dem Markt hämisch vermerkt wurde.

Einen ersten Höhepunkt erreichte die jüdenfeindliche Politik mit den „Nürnberger Gesetzen“ vom 15. September 1935. Anlässlich des Reichsparteitags der NSDAP beschloß der Deutsche Reichstag das „Reichsbürgergesetz“ und das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“. Von jetzt an waren die deutschen Juden Staatsbürger zweiter Klasse, und die seit 1933 praktizierte Diskriminierung war legal geworden. Bei Eheschließung und bei außerehelichen Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden („Ariern“) war Zuchthausstrafe angedroht. „Volljude“ war, wer von drei jüdischen Großeltern abstammte. Auch der von zwei jüdischen Eltern abstammende „Mischling“ galt als Jude. Für den Nachweis „arischer Abstammung“ begann in der Folge ein großer Teil der Nation, sich mit „Ahnenforschung“ zu beschäftigen. Verbunden mit den „Nürnberger Gesetzen“ waren zahlreiche Regelungen zur Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft. Bald nach der Machtübernahme durch Hitler hatten unzählige jüdische Repräsentanten des deutschen Kultur- und Geisteslebens, der Wissenschaften das Land verlassen. Nach 1935 suchten auch viele der in der gewerblichen Wirtschaft und im Handel tätigen Juden den Ausweg aus Rechtlosigkeit und Bedrohung durch Auswanderung in demokratische Länder in Europa, nach Übersee oder Palästina.

Die Bartensteiner Mühlenwerke J. Meyer waren für die nationalsozialistischen Bestrebungen zur Ausschaltung der Juden ein besonders begehrtes Objekt, zumal der Betrieb nach einem Feuer (1935) modernisiert worden war. Hier bemühte sich der Gauleiter und Oberpräsident Erich Koch persönlich um die „Arisierung“, wohl in der Erwartung, das florierende Unternehmen seiner ominösen „Erich-Koch-Stiftung“ einverleiben zu können. Bis 1938 konnten sich die Eigentümer behaupten. Dann wurde die Mühle an

frühere Kunden und die Deutsche Bank verpachtet. Dr. Paul Graetz hatte seine Kinder Anneliese und Wolfgang im Jahr 1936 nach England geschickt, wo sie die Schule besuchten. Er selbst und seine Frau zogen nach Berlin. Dort geriet Dr. Graetz in die Hände der Sicherheitsorgane, die ihn in das KZ Oranienburg brachten. Ein britischer Diplomat erwirkte seine Entlassung und ermöglichte ihm die Ausreise nach England, wohin Frau Graetz ihm nachfolgte. Auch Dr. Hans Meyer und seine Frau nahmen in Berlin Wohnsitz, nachdem die Söhne Werner und Ludwig zum Schulbesuch in die Schweiz ausgereist waren. Dr. Meyer konnte von Berlin aus am Geschäftsverlauf der Bartensteiner Mühlenwerke noch mitwirken. Er blieb in Deutschland - wohl auch in der Hoffnung, daß sich das nationalsozialistische Regime nicht auf Dauer halten können und in der Erwartung, daß die Nationalsozialisten Leib und Leben eines Frontsoldaten und Offiziers nicht antasten würden. Das war eine trügerische Illusion: Die Eheleute Meyer wurden von der Gestapo aus ihrer Wohnung in Berlin-Wilmersdorf abgeholt und am 30. Juni 1943 nach Theresienstadt deportiert. Von dort führte ihr weiterer Leidensweg in das Vernichtungslager Auschwitz, wo sie ermordet wurden.

Zu den Bartensteiner Juden, die unter dem Druck des NS-Regimes

auswanderten, gehörte auch die Familie Munter („Modehaus Munter“) mit Tochter Rita. Im Jahr 1937 gab es in Bartenstein noch mindestens neun jüdische Familien, die im „Verkehrsbuch der Stadt Bartenstein“ als „nichtarische Gewerbetreibende“ mit Nennung ihrer Wohnung aufgeführt sind. Es waren vorwiegend Kaufleute und Händler, die sicher nicht besonders wohlhabend waren oder unter dem Boykott und den sonstigen antijüdischen Maßnahmen in Armut versunken waren. Auch der Rechtsanwalt Jacoby gehörte zu den in Bartenstein verbliebenen Juden. Seine Praxis hat Dr. Jacoby aufgeben müssen, als Hitler mit einer Verordnung vom 27. September 1938 den Juden die Ausübung des Anwaltsberufs untersagte. Das dem Rechtsanwalt Dr. Jacoby gehörende Gut Ernsthof (im Stadtgebiet Bartenstein) und die dort betriebene Ringofen-Ziegelei sind „arisiert“ worden: Im letzten Reichsadreßbuch ist ein neuer Eigentümer bzw. Betreiber aufgeführt. Zur „Arisierung“ ist anzumerken, daß die Betroffenen meist nur einen Teil des Wertes erstattet erhielten, zudem oft in Form von „Reichsschuldverschreibungen“. Auch der Friedländer Mühlenbetrieb der Familie Meyer bekam einen neuen Eigentümer. Frau Käthe Werner geb. Klein, damals Buchhalterin der Mühle, hat es miterlebt, wie sich im Jahre 1938 die Mühlenchefs Dr.



Die Louis-Meyer-Brücke im Bartensteiner Stadtwald

(Foto: Heimatstube Nienburg)

Zur Erinnerung

Meyer und Dr. Graetz von ihren Mitarbeitern in Friedland verabschiedeten.

Hermann Göring: „Ich möchte kein Jude in Deutschland sein“

In der Nacht vom 9./10. November 1938 wurden in ganz Deutschland in einer zentral gelenkten und offenbar vorbereiteten Aktion mehr als tausend Synagogen und jüdische Betsäle niedergebrannt oder geschändet. Die Machthaber in München und Berlin gaben vor, es habe sich um eine spontane Reaktion der deutschen Bevölkerung nach dem Anschlag auf einen deutschen Diplomaten in Paris, den ein junger polnischer Jude verübt hatte, gehandelt. Auch die Synagoge in Bartenstein wurde neben etwa 40 weiteren ostpreußischen Synagogen und Betsälen niedergebrannt. Daß es keine spontane und aus dem „Volkszorn“ entspringende Handlung war, bestätigt der Landrat des Nachbarkreises Gerdauen, Dr. Wilhelm Casper, in seiner Autobiographie. Der Landrat bekam am Abend des 9. November 1938 ein Diensttelegramm aus Königsberg zur Weitergabe an die Polizei: Verständlichen Reaktionen der Bevölkerung auf die Ermordung des deutschen Diplomaten von Rath durch einen Juden sei nicht entgegenzutreten. In Gerdauen gab es keine Synagoge und mithin auch keine Brandstiftung. In Bartenstein durfte die Feuerwehr nicht eingreifen, als SA-Männer und ältere Mitglieder der Hitler-Jugend das jüdische Gotteshaus im Mühlenweg / Ecke Synagogenstraße (die bald nach 1933 in „Fließstraße“ umbenannt worden war) in Brand gesetzt hatten. Frau Elli G., damals 17 Jahre, berichtet, daß die Feuerwehr sich darauf beschränkt habe, das Übergreifen des Feuers auf Nachbargebäude zu verhindern. Auch Christel Schott war im Alter von 10 Jahren Augenzeuge. Ihre Mutter war empört, sie wurde aber von Bartensteiner Mitbürgern gewarnt, sich öffentlich zu äußern. Eberhard Wever, Sohn des Bartensteiner Landrats und damals erst im Vorschulalter, kann sich an die

Brandstätte erinnern. Als er am nächsten Tag dort vorbeikam, war der Brand noch nicht gelöscht. Und als er ein paar Monate später als Schüler eine Mitschülerin am Mühlenweg besuchte, war er überrascht, wie schnell dort auf dem Ruinengrundstück ein Wohnhaus entstanden war. Die Täter der Brandstiftung wurden nicht ermittelt und vor Gericht gestellt.

Eine schlimme Gewalttat gab es in dieser Pogromnacht in der benachbarten Stadt Heilsberg. Dort wurde das jüdische Ehepaar Seelig von SA-Männern ermordet. Wir befassen uns mit diesem Verbrechen, weil es auch hier einen Bezug zu unserem Heimatkreis gibt: Der Haupttäter stammte aus Böttchersdorf im Kreis Bartenstein und Heilsberg, Stätte dieses Verbrechens, gehörte zum Landgerichtsbezirk Bartenstein. Mithin hätte der Bartensteiner Oberstaatsanwalt Wittschirk Anklage erheben müssen und das Schwurgericht in Bartenstein unter dem Vorsitzenden der Großen Strafkammer, Landgerichtsdirektor Murawski, wäre gesetzlich für die Aburteilung dieser Mordtat zuständig gewesen. Aber zu einem Prozeß kam es nicht; denn der Justiz waren die Hände gebunden. Das Oberste Parteigericht der NSDAP zog diesen Fall (und den Fall eines gleichartigen Verbrechens in Neidenburg) an sich und sprach schon nach wenigen Wochen ein „Urteil“ aus: „Im Namen des Führers wird für Recht erkannt“, daß das Verfahren vor dem ordentlichen staatlichen Gericht niederzuschlagen ist, daß der beschuldigte Sturmführer der SA gegen die Parteidisziplin verstoßen hat und deshalb zu verwarnen ist und für die Dauer von drei Jahren unwürdig ist, ein Parteiamt zu bekleiden. Hier ist hinzuzufügen, daß im Jahr 1960 die Staatsanwaltschaft in Paderborn in der Sache des Heilsberger Mordes ermittelt hat. Aber ein Strafprozeß hat nicht stattgefunden, weil der Haupttäter Franz Norgall inzwischen verstorben war.

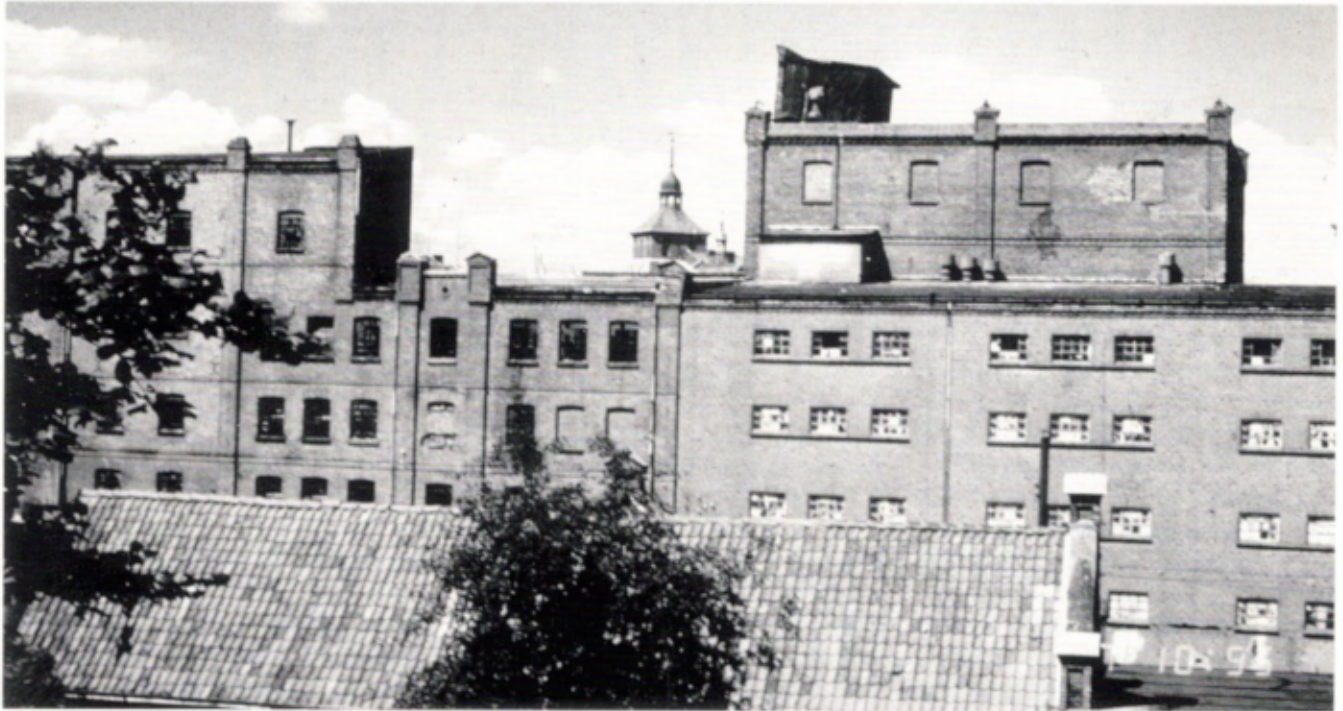
In dieser Pogromnacht wurden vom Mob in braunen Uniformen Tausende jüdischer Geschäfte und Woh-

nungen gestürmt und demoliert. Als „Reichskristallnacht“ ist der 9./10. November 1938 ein makabres Datum in der deutschen Geschichte geworden. Aber das Wort „Reichskristallnacht“ wirkt verharmlosend. Es stammt von den NS-Machthabern und lenkt von der noch brutaleren Wirklichkeit ab: Von den Gewalttaten gegen Juden in dieser Nacht und von der nachfolgenden „Schutzhaft“ von 30.000 Juden in den Konzentrationslagern. Die meisten der Inhaftierten wurden erst freigelassen, nachdem die deutsche Judengemeinschaft eine ihr auferlegte „Buße“ in Höhe von einer Milliarde Reichsmark (einer damals enormen Summe!) geleistet hatte. Hermann Göring, zuständig für die wirtschaftliche Ausbeutung der Juden, hat nach der Pogromnacht offenherzig bekannt: „Ich möchte kein Jude in Deutschland sein“.

Nach Ausbruch des von Hitler-Deutschland entfesselten Weltkriegs gab es für noch im Deutschen Reich lebenden Juden - ihre Zahl wird auf 250.000 geschätzt - entwürdigende und mehr und mehr auf leibliche Vernichtung abzielende Einschränkungen: Die Kürzung bei den Lebensmittelkarten, das Verbot des Radioempfangs, die Bewegungsbeschränkung außerhalb der Wohnung, Arbeitsverpflichtungen und den „Gelben Judenstern“ an der Kleidung, nur um einige der administrativen Maßnahmen zur Entrechtung und Demütigung der Juden zu nennen. Sie trafen mit vollem Gewicht auch die in unseren Heimatstädten noch lebenden Juden.

Hitler hatte am 1. September 1939 die Vernichtung des Judentums in Europa prophezeit. Auf dem Höhepunkt der Machtausdehnung des Dritten Reichs fand am 20. Januar 1942 die historische Wannsee-Konferenz zur „Endlösung der Judenfrage“ statt. Unter Vorsitz des Chefs des Reichssicherheitshauptamtes, Reinhard Heydrich, beschlossen hochrangige Vertreter der Reichsbehörden die Vernichtung der europäischen Juden, die im Deutschen Reich noch lebenden Juden mit eingeschlossen.

Zur Erinnerung



Die Bartensteiner Mühlenwerke J. Meyer - heute

(Foto: K. E. Murawski)

Wir wissen nicht, wie dieser Plan im einzelnen in unseren Heimatstädten umgesetzt wurde. Die daran Beteiligten, Täter und Eingeweihte, haben nichts hinterlassen. Man kann nur folgern, daß es so ablief, wie es aus anderen ostpreußischen Städten bekannt ist: Die Juden wurden aus ihren Wohnungen geholt und in eine Sammelunterkunft gebracht. Ihr weiterer Weg führte nach Allenstein. Dort wurden in einem neu errichteten Ghetto die Transporte von Juden aus ganz Ostpreußen zusammengestellt. Drei Eisenbahnzüge mit ostpreußischen Juden verließen in der Zeit zwischen dem 24. Juni und 24. August 1942 Allenstein in Richtung auf die Vernichtungslager. Eine kleine Gruppe von Juden, darunter Kriegsbeschädigte und im Krieg dekorierte Juden, wurde für den Transport nach Theresienstadt ausgesondert, auch den meisten von ihnen blieb später das Vernichtungslager nicht erspart.

Das Schicksal des angesehenen und wohlhabenden Bartensteiner Kaufmanns Oskar Tichauer ist unbekannt. Tichauer, Offizier im Krieg 1914 - 1918 und mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse ausgezeichnet, hatte sich lange gegen die Enteignung seines Geschäftes gestraubt, das am Ende doch als Kommanditge-

sellschaft Lehmann „arisiert“ wurde. Im Gedenkbuch für die jüdischen Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft findet man den Namen eines Oskar Tichauer (Jg. 1875), der von Berlin nach Theresienstadt deportiert wurde und dort im Oktober 1943 verstorben ist. Andere Informationen besagen, das Oskar Tichauer im Ausland den Holocaust überlebt hat.

Der Autor dieses Aufsatzes bittet die Leserschaft nachdrücklich, ihm Informationen über das Schicksal jüdischer Bürger aus unseren Heimatstädten zukommen zu lassen. (Anschrift siehe Rückseite dieses Heftes). Es ist geplant, ein würdiges Gedenkblatt für die Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns herzustellen, das in unserer Nienburger Heimatstube seinen Platz finden soll.

Ein letztes Kapitel

Im Spätsommer 1942 war Ostpreußen „judenfrei“. Nur eine kleine Anzahl von „Geltungsjuden“ - deutsche Staatsbürger mit zwei jüdischen Großeltern - lebte in ostpreußischen Städten unter erbärmlichen Umständen. Zu ihnen gehörte Michael Wieck, Sohn der in Königsberg beliebten jüdischen Geigerin

Hedwig Wieck-Hulisch; er überlebte mit seiner Mutter den Untergang von Königsberg und hat in einem eindrucksvollen Buch davon „Zeugnis“ abgelegt.

Dem Chronisten obliegt es, noch ein letztes Kapitel zu schildern, das weiterhin unbekannt ist. Als sich im Sommer 1944 nach dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte das Kriegsgeschehen unserer ostpreußischen Heimat näherte, bekamen die in Ostpreußen gelegenen Fliegerhorste und Einsatzhäfen der deutschen Luftwaffe wieder wie im Sommer 1941 eine militärische Bedeutung. Zu den Flugplätzen, die einsatzbereit gemacht wurden, gehörte der Einsatzhafen Schippenbeil, wo im Sommer 1941 eine Gruppe des Kampfgeschwaders 76 stationiert war. Zur Instandsetzung der Anlagen und Unterkünfte wurden jüdische Häftlinge aus dem Konzentrationslager Stutthof (bei Danzig) eingesetzt. Das am 22. September 1944 eingerichtete „Außenlager Schippenbeil“ auf dem Flugplatz südlich der Stadt hatte einen SS-Führer aus Stutthof als Kommandant, ihm standen zwei SS-Aufseherinnen zur Seite und zur Bewachung der Häftlinge waren 36 Soldaten bzw. Polizisten, wahrscheinlich aus baltischen SS- und Polizeieinheiten, ab-

Bartenstein

kommandiert. Im „Außenlager Schippenbeil“ sollen etwa 1.150 Jüdinnen und 100 Juden zur Zwangsarbeit eingesetzt gewesen sein. Als die Sowjettruppen nach Beginn ihrer Großoffensive vom 12. Januar 1945 in Ostpreußen schnell Boden gewannen, wurden die Häftlinge des Außenlagers Schippenbeil in den Raum von Königsberg verlegt und als die Sowjetarmee vor Königsberg stand, wurden die Häftlinge der verschiedenen Stutthof-Außenlager im Fußmarsch zur Samlandküste getrieben. Auf diesem Todesmarsch in der damals eisigen Winterkälte sind Hunderte von Häftlingen ums Leben gekommen, oft entkräftet von den Bewachern erschossen. Da eine Verladung der Häftlinge nicht möglich war, kam es am 30. Januar 1945 bei Palmnicken zu einem entsetzlichen Massaker: Die jüdischen Häftlinge,



Aus dem Atlas von Martin Gilbert „Endlösung. Die Vernichtung und Vertreibung der Juden“, Hamburg 1995.

zum großen Teil Frauen, wurden mit Maschinengewehr-Feuer in die Ostsee getrieben. Nur wenige haben überlebt. Dieses Massaker ist dokumentarisch belegt. In dem zuerst in England erschienenen Atlas „End-

lösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden“ findet man eine Karte, auf der auch ein uns vertrauter Ort als Holocaust-Stätte für die Nachwelt festgehalten ist: unsere kleine Stadt Schippenbeil.

„Kauft nicht beim Juden!“

Ein Erlebnisbericht von Heinz Stamm

In unserem kleinen Bartenstein gab es einige Textilgeschäfte, die alteingesessenen Juden gehörten. Es war bekannt, daß man beim Juden immer billiger kaufen konnte, als in den sogenannten arischen Läden. Meistens gaben die jüdischen Inhaber bei Barzahlung Rabatt. Wer nicht gleich bar bezahlen konnte, dem räumte der jüdische Händler Ratenzahlungen zu äußerst besten Bedingungen ein. Viele Leute kauften noch nach der „Machtübernahme“ dort ein. Zu diesen Käufern gehörten unter anderen auch meine Mutter, die damals von dem Umsturz nichts mitgekriegt hatte. Ihr war es egal, wer „oben was zu sagen hatte“. Hauptsache, man ließ sie in Ruhe. Außerdem interessierte sie sich nicht für das politische Geschehen im Lande. Sie mußte durch harte Arbeit Geld verdienen, um ihre zwei jüngsten Söhne zu versorgen.

In der Königsberger Straße Nr. 7 - neben der Adlerapotheke - hatte der jüdische Kaufmann Max Iserski einen „Wirtschaftsbazar“. Er handelte mit Haushaltswaren und ähnlichen Artikeln. Herr Iserski war Abonnent der „Bartensteiner Zeitung“, die meine Mutter und wir Söhne austrugen. Da meine Mutter zu ihrem Kundenstamm ein gutes Verhältnis hatte, fühlte sie sich verpflichtet, dort ihren Bedarf in Haushaltswaren zu decken.

Nach 1933/34 begann man auch bei uns, die Juden aus ihren Geschäften zu drängen. Die NSDAP bediente sich dabei des Anti-Juden-Organs „Der Stürmer“, eines überregionalen Wochenblattes. Die jeweiligen Nummern wurden regelmäßig in Glaskästen ausgehängt, die an übersichtlichen Stellen in der Stadt aufgestellt waren. Es wurde von den NS-Dienststellen erwartet, daß die Bevölkerung vom Lesen dieses Blattes reichlich Gebrauch machte, um das NS-System besser verstehen zu können. Vor allen Dingen er-

schiienen immer wieder Artikel mit dem Inhalt, nicht beim Juden zu kaufen.

Ab und zu wurden die jüdischen Geschäfte boykottiert, indem sich vor den Läden SA-Männer in Uniform aufstellten, um die Leute zu hindern, dort zu kaufen. Meine Mutter - eben im Begriff einzukaufen - lief diesen Männern direkt in die Arme, die ihr wortreich das Unternehmen zu erklären versuchten, jedoch ohne Erfolg. Mutter sah die Männer zornig an und sagte: „Eck lot mi doch nuscht von ju Junges wat verbeede, dat eck hier nich koope darf. Eck koop da, wo eck will. Eck hebb hier ömma gekoopt un war ok wedder koope“. So - oder so ähnlich - klangen ihre Worte. Sie riß sich von den Männern los und eilte schnurstracks in den Laden hinein. Sie fand sich in der Pose des Siegers, weil sie meinte, ihren Willen durchgesetzt zu haben.

Natürlich erzählte sie überall herum, daß sie es „denen gezeigt hätte“, und sonnte sich im Glanze des Sieges. Wie staunte sie aber, als nach einiger Zeit im „Stürmerkasten“ zu lesen stand: „Auch die Schumacherwitwe Bertha Stamm aus der Memelstraße ist unbelehrbar. Sie hat trotz Verbot beim Juden gekauft und damit gegen die Gesetze der Partei verstoßen. Sie hat immer noch nicht begriffen, daß die Juden unser Unglück und unsere Ausbeuter sind. Frau Stamm erhält von unserem Staat eine Rente. Ob Juden wohl ihre Rente zahlen?“

Dieser Vorfall war damals Stadtgespräch. Da man jedoch unsere Mutter als unpolitisch bedarfte Frau kannte, die Mitteilung im „Stürmer“ von auswärtigen Leuten gemacht wurde, zitierte man Mutter nur aufs Rathaus, wo der Ortsgruppenleiter ihr ins Gewissen redete. Sie möge sich nicht gegen den Staat auflehnen und in Zukunft etwas vorsichtiger sein. Damit verlief die Sache im Sande. Meine beiden älteren Brüder waren in der SA, während ich Mitglied der Hitlerjugend war. Wir waren froh, daß die Sache für unsere Familie so glimpflich abgegangen war, da wir befürchteten, Unannehmlichkeiten später zu haben.